



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/176

25. November 1949

Adenauers Kriegserklärung

sp. Die neunstündige Sitzung des Bundestages in der Nacht zum 25.11.1949 hat die formelle Kriegserklärung des Bundeskanzlers Dr.

Adenauer an die Opposition gebracht. Sie war in die Worte gekleidet: "Ich stelle fest, dass die Sozialdemokratie die Fortführung der Demontagen wünscht". Diese Infamie gegenüber einer Partei, die, wie keine andere, seit zwei Jahren systematisch und unter Aufbietung aller Mittel gegen die Demontagen arbeitet, hat eine heftige Reaktion des Vorsitzenden der SPD ausgelöst. Die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion hat das Nötige dazu gesagt.

Die Kriegserklärung Adenauers lag seit Wochen in der Luft. Er steuerte nach döldurdgedachtem Plan darauf hin. Um nur einige Anhaltspunkte zu nennen: Er unterliess die Unterrichtung des Parlamentes vor der Überreichung seiner weitreichenden Vorschläge in Paris, er zog sich auf die unwahre Behauptung zurück, dass zwischen dem 1. und 5. November niemand vom engeren Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion ihm für eine Unterredung zur Verfügung gestanden habe, er reagierte mit persönlichen Angriffen auf die, im allgemeinen auch von der Gegenseite als sehr sachlich und wohl abgewogen empfundene Rede Schunachers am 15. November und unterliess wiederum die Informierung des Parlamentes oder doch der Fraktionsvorsitzenden vor der Schlussphase seiner Verhandlungen mit den Hohen Kommissaren, er schob mit lässiger Hand die schwerwiegenden sozialdemokratischen Bedenken wegen der Verfassungsmässigkeit seines Vorgehens beiseite, er gab aufgrund der vagen Meldung einer ausländischen Nachrichtenagentur eine irreführende Erklärung über die Haltung der Gewerkschaften ab und er schloss diese Kette zynischer Herausforderungen mit dem zitierten Wort von dem sozialdemokratischen Wunsch nach Fortführung der Demontage.

Die Absicht, die dahintersteckt, besteht d-rin, ein für allemal sich so lästiger Mahner wie die Sozialdemokraten im Bundestags es sind,

zu entledigen, das persönliche Regime zu festigen und damit der Fülle von Unbequemlichkeiten aus dem Wege zu gehen, denen ein demokratisch

gewählter und demokratisch verantwortlicher Regierungschef bei einer quantitativ und qualitativ starken Opposition ausgesetzt ist. Mit dem

Hinweis auf die Stärke der Opposition kommt man an den Kern der Adenauer'schen Haltung und Motive. Schon die kurze Zeit seiner Regierungstätigkeit hat ihm im Grunde, wenn er sich einmal mit sich selbst konfrontiert, die Unzulänglichkeit seiner eigenen Person für dieses Amt

in dieser Zeit offenbart. Man sage nicht, dies sei eine willkürliche Annahme, vermutlich sogar ein Irrtum angesichts der täglichen Gesten

eines übersteigerten Selbstbewusstseins und der betonen Nichtachtung des Parlamentes. Im Grunde sind beide Erscheinungen viel mehr Ausdruck

einer inneren Unsicherheit als es scheinen mag. Sie ist gewachsen in den verschiedenen ausführlichen Unterhaltungen, die Dr. Adenauer als

Kanzler mit dem Führer der Opposition gehabt hat. Diese Gespräche haben Adenauer die überlegene Sachkenntnis und das stärkere politische Temperament des Partners offenbart. Wer über den Verlauf dieser Unterhaltungen etwas bescheid weiss, in denen sich Adenauer mehrfach sachliche

Korrekturen in elementaren Dingen gefallen lassen musste, die außerhalb einer Diskussionsmöglichkeit standen, weil sie nur Sache der besseren oder geringeren Kenntnis waren, wird es fast begreiflich finden, wie unangenehm solche Erfahrungen einem Mann wie Adenauer sein mussten.

Er war nicht geneigt, sich auch künftig in dieser Weise blosszustellen.

Er war nicht geneigt, sich auch künftig in dieser Weise blosszustellen.

Die Regierungspolitik ist jetzt gebilligt worden. Das beherrschende Faktum ist, dass die Sozialdemokratie den Fühderhandschuh, den ihr der

Kanzler hinwarf, aufgenommen hat. Die Fronten der parlamentarischen Auseinandersetzung haben sich abermals versteift. Die Schuld trifft

den Bundeskanzler, der sein Amt autoritär und nicht nach den Spielregeln einer parlamentarischen Demokratie zu verwalten gedenkt. Die Sozial-

demokratie wird so reagieren, dass dem Bundeskanzler selbst seine Kriegserklärung an die Opposition wahrscheinlich sehr bald als das erscheinen

wird, was sie ist, ein Stück seiner Politik der gefährlich übereilten Entschlüsse.

Berichtigung!

In dem vierten Hitt unserer gestrigen Sammlung aus der Schumacher-Rede in Hannover muss es natürlich heissen: "Wenn jemand nicht berechtigt ist usw... Wir bitten, unser Versehen zu entschuldigen. D.Red.

Rechtsbruch der Bundestags-Mehrheit

(sp.) Bonn, 25.11.1949

Die SPD-Fraktion des deutschen Bundestages hat einstimmig folgende Erklärung beschlossen:

In der Sitzung vom 24./25. November 1949 ist ihr Vorsitzender Kurt Schumacher unter Bruch der Geschäftsordnung vom Präsidenten des Bundestages Dr. Köhler auf die Dauer von 20 Sitzungstagen ausgeschlossen worden. Dr. Köhler hat als Präsident seine Pflicht entscheidend verletzt. Er hat die schwersten Beleidigungen und Verdächtigungen der SPD durch den Bundeskanzler ungerügt gelassen. Dagegen hat er die Antwort, die Dr. Schumacher in einem Zwischenruf erteilte, zuerst mit einem Ordnungsruf bedacht und dann nachträglich entgegen den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen mit einer zweiten Strafe belegt. Der Zwischenruf des sozialdemokratischen Fraktionsvorsitzenden bildet mit den schwerwiegenden Beschimpfungen der Sozialdemokratie durch den Bundeskanzler Dr. Adenauer ein zusammenhängendes Ganzes. Jeder Versuch, diesen Zwischenruf isoliert zu behandeln, verfälscht den Tatbestand. Das Verhalten der Regierungsparteien und der ihnen nahestehenden Gruppen ist ein neues Glied in der Kette der Bemühungen, die Opposition im Bundestag mit rechtswidrigen Mitteln auszuschalten.

Die sozialdemokratische Fraktion spricht ihrem Vorsitzenden Kurt Schumacher das politische und persönliche Vertrauen aus.

Dr. Schumacher hat der Fraktion nahegelegt, von ihrer Absicht, für die Dauer seines Ausschlusses der Parlamentsarbeit fernzubleiben Abstand zu nehmen. Die Fraktion glaubte, sich diesem Wunsch nicht versagen zu dürfen, weil sie in der Praxis der Bundesregierung eine immer stärker werdende Bedrohung des sozialen Schicksals weiter Volkskreise sieht und um die nationalen Lebensfragen des deutschen Volkes besorgt ist.

Angesichts dieser Tatsachen wird sie auf die parlamentarische Kontrolle dieser Bundesregierung nicht verzichten.

Die Sozialdemokraten nehmen innerhalb und ausserhalb des Parlaments den schärfsten Kampf auf gegen die fortgesetzten Versuche der Regierung und ihrer Parteien, den Boden der parlamentarischen Demokratie zu verlassen und ein autoritäres Regime zu Lasten des Volkes zu errichten.

Zu Dr. Adenauers Behauptung: die Gewerkschaften akzeptierten mit der Zustimmung zu seiner Politik auch das Ruhrstatut, verweisen wir auf unseren gestrigen Beitrag "Gewerkschaften und Ruhrstatut", der einzigen authentischen Erklärung der Gewerkschaften zum Ruhrstatut vom 7. 11. 1949 entnommen.

Rokossowskis Mission.

(sp.) Zur Ernennung Rokossowskis zum Oberkommandierenden von Polen veröffentlicht die "Neue Zürcher Zeitung" einen instruktiven Artikel, dem wir u.a. entnehmen:

" Die Ernennung Marschall Rokossowskis zum Kriegsminister und Oberkommandierenden hat in Polen heftige Erregung und Reaktionen hervorgerufen. Während 48 Stunden befand sich die Polizei in Bereitschaftszustand. In den grossen Städten kam es zu spontanen Manifestationen. Die Polen fühlen sich in ihrem Nationalgefühl und lebendigen Patriotismus zutiefst und in schmerzlicher Weise verletzt.

Nach der Meinung politisch gut unterrichteter antigouvernementaler Kreise in Warschau war die Ernennung Marschall Rokossowskis oder eine ähnliche Massnahme seit einiger Zeit vorauszusehen. In diesen Kreisen betont man, dass der Kreml seit 1945, ganz besonders aber im Laufe der letzten anderthalb Jahre, die künftige Einverleibung Polens und Rumäniens in die Sowjetunion vorbereitete, während die übrigen Satellitenstaaten erst in zweiter Linie folgen sollten. Bis zu dem gegenwärtigen Zeitpunkt ging Moskau schrittweise und ohne allzu spürbare Hast vor. Offensichtlich drängt jetzt aber die Zeit. In Warschau glaubt man, der Kreml rechne heute mit einem bewaffneten Konflikt in näherer Zeit, als er das bisher annahm. Unter diesen Umständen sieht sich die Sowjetunion gezwungen, die Mittel ihrer Herrschaft in einen Zustand vollkommener Bereitschaft zu bringen.

Es ist klar, dass Moskau zur tatsächlichen Beherrschung Polens das im Fall eines Krieges ein Gebiet von ausserordentlicher Wichtigkeit darstellt, vor allem die Armee vollkommen in seiner Hand haben muss. Das ist um so notwendiger, als seit einiger Zeit eine Erweiterung ihrer Effektivbestände, die gegenwärtig 160 000 Mann betragen, in Vorbereitung ist. Zu Beginn des Sommers wurde mit einer Registrierung der Reservisten begonnen, die sowohl die Soldaten als auch die Offiziere- die letzteren im Alter von 39-54 Jahren- erfasste. Andererseits mussten alle Personen, die geographische Karten Polens im

5.
27.11.1949

Maßstab 1:25 000 besaßen, diese anmelden, und sie wurden für den Fall ihres Verschwindens persönlich haftbar gemacht.

Seit mehreren Monaten schon sicherte sich der Kreaml die vollständige Kontrolle der bewaffneten Macht Polens. General Komar, ein gebürtiger Russe jüdischer Abstammung und ehemaliger Spanienkämpfer, wurde zum gefürchteten Chef des Nachrichtendienstes der polnischen

Armee. Ausserdem wurden alle Schlüsselpositionen der militärischen Hierarchie von oben bis unten mit sowjetischen Offizieren besetzt.

Beispielsweise wies das Kommando der Luftwaffe schon im Juli dieses Jahres nur noch eine verschwindende Minorität von polnischen Offi-

zieren auf. Trotz alledem war in den militärischen Kreisen der Sowjetunion die Auffassung weit verbreitet, dass man sich im Fall eines

Konflikts auf die polnische Armee nicht verlassen könne. Eine Zeitlang wurde deshalb sogar der Gedanke erwogen, im Fall eines Krieges

den Grossteil der polnischen Truppen nach innerasiatischen Gebieten zu verlegen, wo ihnen lediglich Aufgaben der rückwärtigen Dienste

übertragen werden sollten. Die letzten Ereignisse in Albanien, dessen Streitkräfte immerhin mit russischen Offizieren "getruffelt" waren,

verschärften noch das Misstrauen gegenüber der polnischen Armee. Ihre Reorganisation wurde für die Sowjetunion zu einer Angelegenheit von

äusserster Dringlichkeit. Zur Durchführung wurde Marschall Rokossowski ausersehen. Es handelt sich darum, die Ausrüstung, die Organisation

die Ausbildung und die Disziplin der polnischen Armee derjenigen der Sowjetarmee anzugleichen.

Marschall Rokossowski scheint ausserdem die Aufgabe zuzufallen, auch das politische Leben des Landes zu kontrollieren. In diesem

Punkt stellt die neue Situation ebenfalls eine Fortsetzung bereits vorhandener Bestrebungen dar; sie unterscheidet sich aber von der

bisherigen Lage dadurch, dass das, was bisher geheimgehalten wurde, heute öffentlich wird. Heute nimmt Marschall Rokossowski die be-

herrschende Stellung ein. Nach den Informationen aus Warschau bedeutet seine Ernennung jedoch nicht eine Änderung in der Haltung des

Kreaml gegenüber Polen; es handelt sich vielmehr um die Beschleunigung eines Prozesses, der so rasch wie möglich abgeschlossen werden soll."

Deutschlands heissester Wunsch

M. Betrachtet man das Bild, das die Kriegsgefangenenhilfe der SPD in diesen Tagen vom Komplex der Kriegsgefangenen der Öffentlichkeit unterbreitet hat, dann forscht man vergebens danach, welche Einzelheit die erschütterndste ist. Ist es die mit zwei Millionen angenommene Zahl der in Gefangenschaft ums Leben gekommenen Deutschen? Ist es die mit etwa 900 000 angegebene Zahl der noch zurückgehaltenen? Oder ist es die Tatsache, dass rund 90 000 Frauen, darunter Mütter, die von ihren Kindern gerissen wurden, heute noch als Sklaven in den südrussischen Steppen und in der sibirischen Tundra arbeiten müssen?

Wie immer man je nach individuell erfahrenen Leid diese traurigen Tatbestände betrachtet, unverrückbar steht fest, dass sie eine Kulturschande darstellen, die sich den ehemaligen nationalsozialistischen Konzentrationslagern ebenbürtig zur Seite stellt. Im grauen Altertum, in den Massakern vordenasiatischer Despoten, war es Brauch, einen besiegten Gegner für sein Leben lang an die Galeere zu schmieden. Selbst das viel geschmähte Mittelalter hat - von den blutigen Kriegen Dschingis-Khans abgesehen - im Zeichen der Christianisierung der Welt darauf verzichtet, Kriegsgefangene die Vergeltung derer entgelten zu lassen, von denen sie in den Krieg geschickt waren. Den Bolschewisten des 20. Jahrhunderts blieb es vorbehalten, 2000 Jahre einer Entwicklung, die eine Humanisierung der Kriegsführung anstrebte, wieder in die Zeit der asiatischen Despotie zurückzuwerfen. Alles sowjetrussische Gerede von Kultur, Fortschritt, Friedensbereitschaft usw. verwandelt sich in die höhnisch grinsende Fratze des Bolschewismus, wenn man sich erinnert, dass heute, 4 1/2 Jahre nach Kriegeschluss, noch Hunderttausende von Kriegsgefangenen unter menschenunwürdigen Zuständen in Russland zurückgehalten werden. Die Russen motivieren das mit den grossen Schäden, die während des Krieges in Russland durch deutsche Soldaten verursacht wurden. Die Schäden sollen nicht bestritten werden, wie man auch nicht ver-

verleugnen kann, dass Hitler die Russen überfallen hat und nicht umgekehrt. Dafür aber die Unglücklichen büßen zu lassen, die, oft nur durch einen Zufall, in russische Gefangenschaft gefallen sind, bedeutet, jedem Einzelnen von den 3,5 Millionen die Schuld aufzubürden, die Hitler auf sich geladen hat.

Man hätte sich bei einigermaßen gutem Willen zweifellos auf eine menschlichere Art der Wiedergutmachung einigen können. Die in der Behandlung der Kriegsgefangenen geäußerte Mentalität aber schlägt jeder Gerechtigkeit ins Gesicht, in deren Namen man einst in den Krieg zog und die dem russischen Kampf damals die Sympathien der zivilisierten Welt eingetragen hat.

Es gibt heute keine deutsche Institution, die die Möglichkeit hätte, die sowjetrussische Regierung wegen dieser Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor irgend ein internationales Forum zu fordern. Die Westalliierten haben es als aussenpolitische Mandatare Westdeutschlands bei Protesten in Moskau bewenden lassen. Somit bleibt uns nur der Weg, das Gewissen der Welt wachzurufen und wachzuhalten. Das soll geschehen, unermüdlich und in jeder Lautstärke, solange, bis der letzte Kriegsgefangene heimgekehrt ist. Wo immer eine deutsche Stimme sich im internationalen Konzert erhebt, gelte ihr erstes und ihr letztes Wort der Forderung, dass die Weltöffentlichkeit sich für diesen heissesten deutschen Wunsch einsetze.

Wieder einmal gelogen

sp. In dem vergeblichen Bemühen, ihre Bedeutung in der Öffentlichkeit zu vergrößern, hat die "Sozialdemokratische Aktion" kürzlich auf einer Pressekonferenz durch Herrn Kupers behaupten lassen, die Aktion arbeite mit den SPD-Studentengruppen Giessen, Marburg, Heidelberg und Nürnberg zusammen.

Der Bundesvorstand des "Sozialistischer Deutscher Studentenbund" teilt dazu in einer Erklärung mit:

"Diese Behauptung Kupers ist frei erfunden und unwahr. Keine einzige Gruppe des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes steht in Verbindung mit der "Aktion". Eine Zusammenarbeit mit der "Aktion" würde den sofortigen Ausschluss des betreffenden Studenten oder der Gruppe aus dem SDS zur Folge haben."

gez. John van Nes Ziegler
Bundesvorsitzender

Also auch hier haben die "trojanischen Esel", wie Dr. Schumacher die "Aktion" nannte, den Auftrag Ulbrichts nicht erfüllen können.